

Uster, 2. September 2015

Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 31. August 2015

Dem Öffentlichkeitsprinzip will der Stadtrat mit vermehrten Informationen in Form von Stadthaustelegrammen gerecht werden. Eine Verpflichtung zu beruflicher Integration für eingeschränkt leistungsfähige Personen in der Stadtverwaltung erachtet die Mehrheit des Gemeinderates als nicht notwendig.

Ungenügendes Mitwirkungsverfahren Sanierung Wermatswilerstrasse

In Form einer Fraktionserklärung hat unsere Mittefraktion dem Stadtrat eine ungenügende Note für das Mitwirkungsverfahren erteilt. Erstens fiel die Auflagefrist genau deckungsgleich auf die Schulferien. Zweitens wurde auf die Publikation im AvU verzichtet und die Publikation einzig im Amtsblatt und auf der Homepage veröffentlicht. Und Drittens erfolgte die öffentliche Auflage einmal mehr nur in Papierform auf dem Bauamt. Das Verfahren ist deshalb als Alibi-Übung zu deklarieren.

Einstimmigkeit bei Kreditabrechnungen

Grosse Einigkeit herrschte im Rat bei der Genehmigung der beiden Abrechnungen über die bauliche Aufstockung des Schulpavillons im Pünt und über den Wettbewerbskredit für die Sanierung und Erweiterung des Hallenbades Buchholz. Beide Kredite konnten mit Minderkosten abgerechnet werden und gaben deshalb zu keinen Wortäusserungen Anlass.

Spärliche Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips

Mit unserem Vorstoss haben wir vom Stadtrat verlangt, das in der Kantonsverfassung verankerte Öffentlichkeitsprinzip mit einer aktiven Informationspolitik konsequent umzusetzen. Unser Wunsch ist, dass sämtliche Beschlüsse der öffentlichen Organe der Stadt Uster, die von öffentlichem Interesse sind, publiziert werden. Der Stadtrat denkt, dass er mit den Stadthaustelegrammen seine Informationspolitik eigentlich heute schon erfülle. Von dieser schriftlichen Postulatsantwort sind wir deshalb sehr enttäuscht. In Absprache mit meinem Fraktionskollegen Wolfgang Harder hat der Stadtrat dann aber eingeräumt, dass die heutigen Informationen doch eher dürftig sind und uns mündlich in Aussicht gestellt, dass zukünftig wirklich *alle öffentlichen* Stadtratsbeschlüsse in einem Stadthaustelegramm veröffentlicht werden sollen. Deshalb geben wir dem Stadtrat vorläufig noch eine Chance, seine Informationen zu verbessern und warten gespannt diese nächsten Stadthaustelegramme ab. Sollten wir mit der Art und Weise der Informationen weiterhin nicht zufrieden sein, werden wir mit einer Motion nachhaken, damit die Pflicht zur Publikation der Beschlüsse verbindlich in der Gemeindeordnung verankert wird. Das Postulat wurde vom Gemeinderat mit 31:0 Stimmen als erledigt abgeschlossen.

Berufliche Integration: die Stadt wird nicht in die Pflicht genommen

Mit einer breit abgestützten Motion wollten wir die berufliche Integration von eingeschränkt leistungsfähigen Personen fördern. Unserer Ansicht nach steht dabei auch die Stadt Uster als Arbeitgeber in der Verantwortung und sollte eine Vorbildfunktion übernehmen. Bewusst haben wir in der Motion auf eine fix definiert Quote verzichtet, um damit dem Stadtrat einen gewissen Spielraum zu gewähren. Als Instrument haben wir uns für die verbindliche Motion entschieden, um nicht wieder eine verwässerte Postulatsantwort vom Stadtrat zu erhalten. Obwohl dieser soziale Vorstoss auch von Walter Strucken (SP) mitunterzeichnet war, erwuchs dieser Motion unerwarteter Widerstand aus den Reihen der SP-Frauen. Zu unserer Enttäuschung wurde deshalb wegen einer Enthaltung und einer Gegenstimme aus diesen Reihen der Vorstoss mit 17:15 Stimmen vom Gemeinderat abgelehnt.

Nach einer für einmal kurzen, nur knapp einstündigen Sitzung, verliessen wir etwas konsterniert den Ratssaal.

Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale